

2. Managementbericht 2016 der Stadt Dortmund

Ausschuss für Finanzen,
Beteiligungen und Liegenschaften
30.06.2016

Stadt Dortmund
Stadtkämmerei





Inhaltsübersicht

1. Kreditverbindlichkeiten der Stadt Dortmund
2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation
3. Risiken / Chancen
4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen Investitionen
5. Soziales / Jugend
6. Anlagen
 - Detaillierte Darstellung der Kreditverbindlichkeiten
 - Gesamtübersicht der städtischen Risiken und Chancen
 - Entwicklung des Personal- und Planstellenbestandes



1. Kreditverbindlichkeiten der Stadt Dortmund

Kreditverbindlichkeiten der Stadt Dortmund ggü. externen Gläubigern inkl. Eigenbetriebe / Sondervermögen

	Kreditaufnahme insgesamt		davon Investitionskredite		davon Liquiditätskredite	
	31.05.16	31.05.15	31.05.16	31.05.15	31.05.16	31.05.15
Städtischer Haushalt	2.417,1	2.274,7	743,0	730,6	1.674,1	1.544,1
Sondervermögen / Eigenbetriebe	255,7	256,2	246,3	245,4	9,4	10,7
Insgesamt	2.672,9	2.530,9	989,3	976,0	1.683,5	1.554,8

Stand: 31.05.2016

Beträge in Mio. Euro

Bei der Darstellung der Kreditaufnahme handelt es sich um eine stichtagsbezogene Momentaufnahme, die auch stark von der jeweiligen Einzahlungssituation abhängig ist.

Es werden die externen Kreditverbindlichkeiten dokumentiert. Die internen Verflechtungen (insbesondere die Trägerdarlehen) werden herauskonsolidiert. Damit entspricht dieses Vorgehen der offiziellen Darstellungsform des it.nrw

Eine detaillierte Übersicht ist als Anlage beigefügt.

<u>Eigenbetriebe:</u>	<u>Sondervermögen:</u>
Kulturbetriebe Dortmund	Sondervermögen "Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund"
Theater Dortmund	Deponiesondervermögen
Sport- und Freizeitbetriebe Dortmund	Sondervermögen "Verpachtung Technologiezentrum Dortmund"
FABIDO	
Friedhöfe Dortmund	
Wirtschaftsförderung Dortmund	
Stadtentwässerung	



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

Aktuelles Prognoseergebnis

Jahresfehlbedarf Haushaltsplan 2016 -75,6

Erwartete Verschlechterungen - 23,4

Erwartete Verbesserungen 17,9

Saldo (Verschlechterung) - 5,4

Prognostizierter Jahresfehlbetrag 2016 - 81,1

5 %-Grenze zur Vermeidung eines HSK - 81,6

(unter Berücksichtigung des vorl. Jahresergebnisses 2015)

**Unterschreitung der 5 %-Grenze bei
Eintreten der Prognose 0,5**

Beträge in Mio. Euro

Erläuterungen:

Prognose auf Grundlage der Meldungen der Fachbereiche aus dem Prognoselauf Mai 2016 und aktueller Erkenntnisse.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

Erstmals in der Prognose berücksichtigt:

Städt. Beteiligungen Mindererträge	- 5,6
Kommunalinvestitionsförderungsgesetz	- 1,8
Feuerwehr	-1,0
Umlage LWL	1,1
Dortmunder Systemhaus	1,0
Sozialamt	0,8

Abweichungen zum originären Haushaltsplan

Beträge in Mio. Euro

Hinweis:**Beträge mit negativem Vorzeichen = negative Planabweichungen****Beträge mit positivem Vorzeichen = positive Planabweichungen**

Als „erstmalig berücksichtigte“ Positionen werden solche ausgewiesen, die im letzten Managementbericht noch nicht bekannt waren oder zum letzten Berichtszeitpunkt betraglich so geringfügig waren, dass sie unter „Sonstiges“ dargestellt wurden.

Städtische Beteiligungen Mindererträge:

Aufgrund des negativen Jahresergebnisses der DSW21 AG entfällt die Dividendenzahlung in Höhe von 5,6 Mio. Euro.

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz:

Der Fachbereich 65 prognostiziert beim Projekt zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) eine Überschreitung des Budgets in Höhe von rd. 1,8 Mio. Euro zum originären Haushaltsplanansatz. Die Verschlechterung ergibt sich insbesondere aus folgenden Bereichen:

- 17 neue konsumtive Maßnahmen werden dem Rat mit Vorlage zum ersten Sachstandsbericht von der Verwaltung vorgeschlagen. Der saldierte Eigenanteil zur Umsetzung der Maßnahmen (10 %) beträgt rd. 0,36 Mio. Euro. Die aktuelle Projektliste wird dem Rat am 07.07.2016 im Rahmen des ersten Sachstandsberichts zur Umsetzung des KInvFG zur Kenntnis gegeben (siehe DS-Nr.: 04621-16).

- Etwa 0,3 Mio. Euro der bisher entstanden und geplanten Aufwendungen sind nicht förderfähig. Entsprechend können hierfür keine Fördermittel abgerufen werden.
- Es ergeben sich Verschiebungen bei der Umsetzung von Maßnahmen deren Aufwendungen durch eine Entnahme aus der Instandhaltungsrückstellung gedeckt werden. Dadurch können geplante Fördererträge in Höhe von rd. 1 Mio. Euro nicht in 2016, sondern erst in 2017 realisiert werden.

Feuerwehr:

Es ergibt sich im Rettungsdienst nach derzeitigem Stand eine Unterdeckung von rd. - 0,7 Mio. Euro. Bis zum Inkrafttreten der neuen Gebührensatzung sind die Erträge auf der Basis der "alten" Gebührensätze kalkuliert, so dass im laufenden Jahr die Unterdeckung nicht mehr aufgefangen werden kann. Eine neue Gebührensatzung soll im Oktober 2016 vom Rat beschlossen werden. Im Bereich Aus- und Fortbildung Externer und technischer Service sind die für externe Ausbildung geplanten Erträge voraussichtlich nicht vollständig erzielbar. Dies liegt überwiegend an der Notwendigkeit, eigenes Nachwuchspersonal auszubilden. Zusätzlich wird erwartet, dass bei den technischen Serviceleistungen der Feuerwehr, u. a. aus dem Konkurrenzverbot zur freien Wirtschaft, nicht die erwarteten Erträge erzielt werden. Im Ergebnis ergibt sich eine Abweichung von - 1,0 Mio. Euro.

Umlage LWL:

Die Prognose basiert auf dem Bescheid zur Verbandsumlage des LWL vom 26.04.2016.

Dortmunder Systemhaus:

Es werden positive Effekte durch die Auflösung von Sonderposten (+ 1,0 Mio. Euro) und geringere Abschreibungen auf Anlagevermögen (+ 0,6 Mio. Euro) erwartet. Dagegen können Erträge aus Kostenerstattung und Kostenumlagen nicht in voller Höhe realisiert werden (- 0,5 Mio. Euro). Im Ergebnis wird insgesamt mit einer Verbesserung in Höhe von 1,0 Mio. Euro zum originären Plan gerechnet.

Sozialamt:

Nach derzeitigem Stand werden die geplanten Mittel der kommunalen Arbeitsmarktstrategie nicht in vollem Umfang abfließen. Hierdurch werden Verbesserungen in Höhe von 0,8 Mio. Euro erwartet. Voraussichtliche Mehraufwendungen in den Produkten "Leistungen zum Lebensunterhalt" und "Flüchtlinge" können jedoch nach derzeitiger Einschätzung durch Minderaufwendungen vollständig aufgefangen werden.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

<u>(Aktualisierte) Verschlechterungen</u>	aktuell	letzter Bericht
Jobcenter	- 6,0	- 7,2
Immobilienwirtschaft (u.a. Inanspruchnahme ÜBE)	- 5,4	- 7,8
Steuerbarer Personalaufwand	- 2,1	- 1,3
Zentrale Ausländerbehörde (Minderaufwand Personal in gleicher Höhe)	- 1,1	- 2,1
Saldo sonstiger Veränderungen	- 0,4	- 1,6
Abweichungen zum originären Haushaltsplan	Beträge in Mio. Euro	

Dargestellt sind die wesentlichen Abweichungen zum originären Haushaltsansatz.

Jobcenter

Die Prognose enthielt bislang das vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) für 2016 berechnete Risiko einer Kostensteigerung bei den SGB II - Leistungen von 8 % gegenüber dem Vorjahr. Davon entfallen 1,6 % auf Regelsatzerhöhungen, die verbleibenden 6,4 % auf die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften (BG'en) und der Durchschnittsaufwendungen bei Mieten und Heizkosten. Da die Zahl der BG'en in den ersten 5 Monaten mit 3 % eher moderat gestiegen ist und auch die durchschnittlichen Kosten der Unterkunft (KdU) 01-05/2016 mit 391 Euro bisher lediglich um rd. 1 Euro über den Durchschnitts-KdU 2015 liegen, fallen die erwarteten Mehraufwendungen gegenüber der bisherigen Prognose geringer aus. Für die nächsten 7 Monate wurden pauschale Steigerungsraten berücksichtigt, die im Jahresergebnis eine Kostensteigerung von 7 % gegenüber 2015 ausmachen werden. Damit soll insbesondere dem Zuwachs an BG'en aus Asylzugangsländern Rechnung getragen werden. Eine möglichst exakte Prognose von Zugängen ist in Arbeit, gestaltet sich aber als schwierig, da die Entwicklung "positive Verfahrensabschlüsse Asyl" zur Zeit nicht seriös einschätzbar ist. Unter Berücksichtigung gleichzeitig steigender anteiliger Erstattungen beläuft sich die bis zum Jahresende entstehende Verschlechterung gegenüber dem Plan auf 6,0 Mio. Euro.

Immobilienwirtschaft

Im Budget der Immobilienwirtschaft entstehen verschiedene gegenläufige Effekte. Gegenüber dem Vormonat ergibt sich bei den Energieaufwendungen eine Verbesserung im Bereich der Energiekosten in Höhe von 4,5 Mio. Euro. Dabei wurden die Ist-Verbräuche der ersten Monate für die Hochrechnung zugrunde gelegt. Dadurch sind insgesamt Minderaufwendungen in Höhe von 2,1 Mio. Euro in der Prognose enthalten. Dagegen werden für die Unterbringung von Flüchtlingen derzeit insgesamt 5,4 Mio. Euro Mehraufwendungen erwartet. Diese ergeben sich im Wesentlichen durch die zusätzliche Anmietung von Gebäuden (- 3,0 Mio. Euro), Unterhaltungsaufwendungen (- 0,7 Mio. Euro für Instandhaltung, Wartung, Störungsbeseitigung) sowie Bewirtschaftungsaufwendungen (- 0,7 Mio. Euro erhöhte Aufwendungen für Sicherheit). Hierbei sind verzögerte Inbetriebnahmezeitpunkte und neue Erkenntnisse zur Flüchtlingsunterbringung bereits berücksichtigt. Ebenfalls führt die Inanspruchnahme übertragener Ermächtigungen für brandschutztechnische Verkehrssicherung aus dem Vorjahr zu einer Belastung in Höhe von - 1,2 Mio. Euro. Dagegen wird auf Basis der aktuellen Ist-Buchungen mit Verbesserungen bei den Abschreibungen in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro gerechnet. Zusammen mit weiteren Effekten ergibt sich voraussichtlich eine negative Planabweichung in Höhe von 5,4 Mio. Euro (ohne Personalaufwand).

Steuerbarer Personalaufwand

Beim steuerbaren Personalaufwand ergeben sich im Wesentlichen durch externe Einstellungen bedingte Verschlechterungen zum originären Planansatz von - 2,1 Mio. Euro.

Zentrale Ausländerbehörde

Bei der zentralen Ausländerbehörde wird saldiert eine negative Abweichung zum Haushaltsplan ausgewiesen. Hintergrund sind geringere Personalaufwendungen als erwartet, die sich allerdings in der Zeile "steuerbarer Personalaufwand" niederschlagen. Insgesamt wird das Ergebnis der Stadt Dortmund hierdurch nicht belastet. Da die Auslastung der Erstaufnahmeeinrichtungen niedriger ist als bei der Haushaltsplanung unterstellt, werden insgesamt deutlich niedrigere Sach- und Personalaufwendungen bei gleichzeitig entsprechend sinkenden Erstattungen des Landes erwartet. Im Vergleich zum 1. Managementbericht wurden in der aktuellen Prognose periodenfremde Mehrerträge aus 2015 aus der Spitzabrechnung der sog. „Drehscheibe 1“ (September 2015) und der Jahresabrechnung 2015 mit dem Land NRW berücksichtigt.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

<u>(Aktualisierte) Verbesserungen</u>	aktuell	letzter Bericht
Zinsen	8,6	5,5
Allg. Personalwirtschaft	4,6	4,6
Minderaufwand Bezirksvertretungen	1,0	1,1
Jugendamt	0,8	2,5

Abweichungen zum originären Haushaltsplan

Beträge in Mio. Euro

Dargestellt sind die wesentlichen Abweichungen zum originären Haushaltsansatz.

Zinsen

Die Staatsschuldenkrise und die drohende Deflation haben die EZB zu Zinslockerungen veranlasst. Der Leitzins liegt seit der EZB-Sitzung vom 10.03.2016 bei 0,00 %. Darüber hinaus hat die EZB für den Sommer / Herbst 2016 einen neuerlichen Langzeitender angekündigt, der weiterhin für niedrigste Zinsen am Geld- und Kapitalmarkt sorgen wird. Daher können im Bereich der Zinsaufwendungen weitere Einsparungen in Höhe von 3,1 Mio. Euro und damit von insgesamt rd. 8,6 Mio. Euro erwartet werden.

Allgemeine Personalwirtschaft

In der allgemeine Personalwirtschaft werden weiterhin Minderaufwendungen im Bereich der Beihilfe für BeamtInnen, Mehrerträge aus höheren Erstattungen im Bereich der Ausbildung von "Integrationshelfern" und steigende Forderungsansprüche gegenüber dem Land NRW für die ehemaligen Umwelt- und Versorgungsverwaltungen des Landes erwartet. Zudem wird nach wie vor mit positiven Effekten im Bereich der Zuführung zu Personalrückstellungen gerechnet. Insgesamt beläuft sich die erwartete Verbesserung zum Plan auf 4,6 Mio. Euro.

Bezirksvertretungen

Den Bezirksvertretungen stehen in 2016 originäre Mittel in Höhe von insgesamt 7,2 Mio. Euro zur Verfügung. Hinzu kommen übertragene Ermächtigungen aus 2015 in

Höhe von 5,1 Mio. Euro. Dem Haushaltsansatz von somit insgesamt 12,3 Mio. Euro steht eine Prognose in Höhe von aktuell rd. 6,2 Mio. Euro gegenüber, so dass sich rechnerisch eine Verbesserung in Höhe von 1,0 Mio. Euro ergibt. Es ist davon auszugehen, dass eine erneute Übertragung von Mitteln in das Folgejahr beantragt wird.

Jugendamt

Das Jugendamt rechnet mit Mehraufwendungen im Bereich Kinder in Tagesbetreuung, denen jedoch größtenteils Mehrerträge im selben Bereich gegenüber stehen (Belastung 0,5 Mio. Euro). Darin wurde die zuvor gemeldete Chance durch die späteren Inbetriebnahmen von Tageseinrichtungen in der Prognose berücksichtigt. U. a. ergeben sich hierdurch Verbesserungen bei den Abschreibungen in Höhe von 0,6 Mio. Euro.

Bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) wird mit rückwirkenden Kostenerstattungen für Vorjahre gerechnet. Diese fallen um 2,1 Mio. Euro höher aus, als die im Jahresabschluss berücksichtigte vorsichtige Schätzung. Es besteht eine Chance, dass zusätzliche Mehrerträge in diesem Zusammenhang erzielt werden (siehe Chance KJ6). Neben den Kostenerstattungen im Bereich UMF sind auch Erstattungen für Verwaltungs- / Personalaufwand im Teilergebnisplan veranschlagt. Die rückläufige Fallzahlentwicklung wirkt sich unmittelbar auf die Höhe der Erstattung für Verwaltungs- / Personalaufwand für den Bereich UMF aus. Aufgrund der rückläufigen Fallzahlen wird nach dem derzeitigen Stand mit einem Ertragsdefizit von ca. 0,5 Mio. Euro gegenüber der veranschlagten Erstattung der Verwaltungskostenpauschale gerechnet.

Des Weiteren werden in der Produktgruppe wirtschaftliche und erzieherische Jugendhilfe (ohne UMF) Mindererträge von ca. 0,8 Mio. Euro erwartet. In den Produktgruppen Kinder- und Jugendförderung, Büro für Kinderinteressen und Inst. Erziehungsberatung sowie beim Familien-Projekt entsteht voraussichtlich ein saldierter Mehraufwand von 0,2 Mio. Euro. Insgesamt wird unter Berücksichtigung weiterer Effekte beim Jugendamt aus derzeitiger Sicht eine Verbesserung zum Haushaltsplan in Höhe von 0,8 Mio. Euro erwartet.



2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

Prognose steuerbarer Personalaufwand

Aufwand für vorhandenes Personal	359,4
<i>Altersfluktuation</i>	- 0,9
<i>sonstige Fluktuation</i>	- 1,8
<i>Einsatz Ausgebildete</i>	+ 2,1
<i>externe Einstellungen</i>	+ 6,6
<u>Prognose</u>	<u>365,4</u>
Originärer Planansatz	363,3
<u>Differenz (Mehraufwand)</u>	<u>- 2,1</u>

Beträge in Mio. Euro

Dargestellt ist die aktuelle Prognose des Personal- und Organisationsamtes zum Stand 31.05.2016.

Berücksichtigt sind die Umsetzungen der Tarifierhöhung im Sozial- und Erziehungsdienst und der Tarifrunde 2016/2017 des TVöD.

Der prognostizierte Mehraufwand weicht um ca. 0,6 % vom Planwert ab. Hauptgrund für die Verschlechterung sind notwendige, externe Einstellungen, die zum Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht absehbar waren.



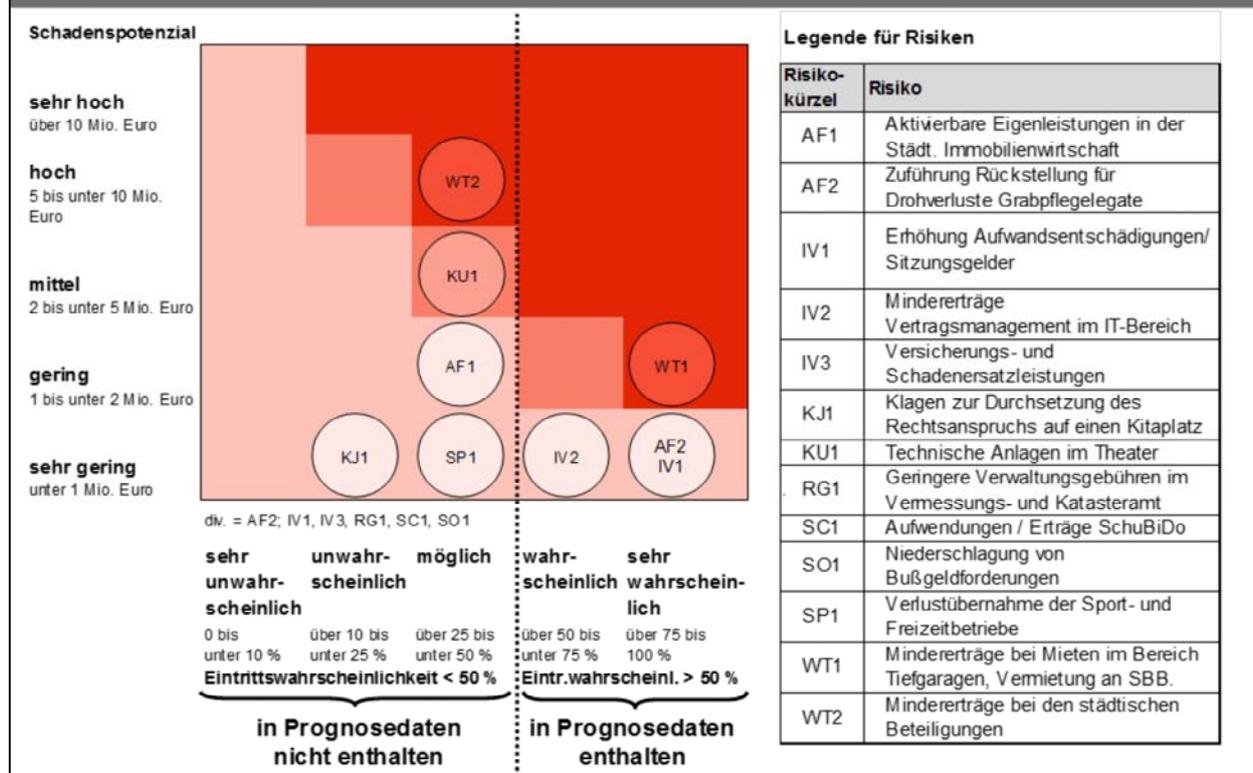
2. Aktuelle Prognosen zur Haushaltssituation

Weiteres Vorgehen

Maßnahmen zur Stabilisierung der
Haushaltssituation werden weiterhin verfolgt.



3. Risiken / Chancen – Risikokarte



Im Rahmen des gesamtstädtischen Risikomanagements werden alle finanziellen Chancen und Risiken durch die Fachbereiche gemeldet. Chancen und Risiken werden dabei als mögliche Verbesserungen bzw. Verschlechterungen gegenüber der Haushaltsplanveranschlagung verstanden.

Hierbei werden Sachverhalte berücksichtigt deren Eintritt noch nicht sicher ist.

In den zuvor gezeigten gesamtstädtischen Prognosedaten sind die Chancen und Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit über 50 % enthalten.

In der vorliegenden Folie ist eine Risikokarte **aller Risiken** dargestellt.

Beschreibung der Risiken mit einem möglichen Schaden über 1 Mio. Euro, welche eine Eintrittswahrscheinlichkeit über 50 % aufweisen:

(Der Sachverhalt ist in den Prognosedaten enthalten.)

WT1: Mindererträge werden sich beim allg. Grundvermögen ergeben aus

- Mieten im Bereich Tiefgaragen
- Miete aus Generalpachtvertrag mit der SBB Dortmund GmbH
- für die von SBB Dortmund GmbH bewirtschafteten Tiefgaragen Rathaus (wegen Sanierung), Hansaplatz und Konzerthaus.

Für die Haushaltsplanung 2017 ff. werden die Sachverhalte wieder aufgegriffen.



3. Risiken / Chancen – nicht in Prognose enthaltene Risiken

Wesentliche Risiken (> 1,0 Mio. Euro),
die nicht in der Prognose enthalten sind und
die zu einer zusätzlichen Belastung führen können:

Risiko- kürzel	Risiko	Eintrittswahr- scheinlichkeit	Schadenspotenzial	Risiko- einstufung	Schaden in Mio. Euro
KU1	Technische Anlagen im Theater	möglich (25 bis unter 50%)	mittel (2 bis unter 5 Mio. Euro)	mittel	4,10
WT2	Mindererträge bei den städtischen Beteiligungen	möglich (25 bis unter 50%)	sehr hoch (über 10 Mio. Euro)	hoch	8,90

Die Folie zeigt Risiken mit einem möglichen Schaden über 0,5 Mio. Euro, welche eine Eintrittswahrscheinlichkeit unter 50 % aufweisen.

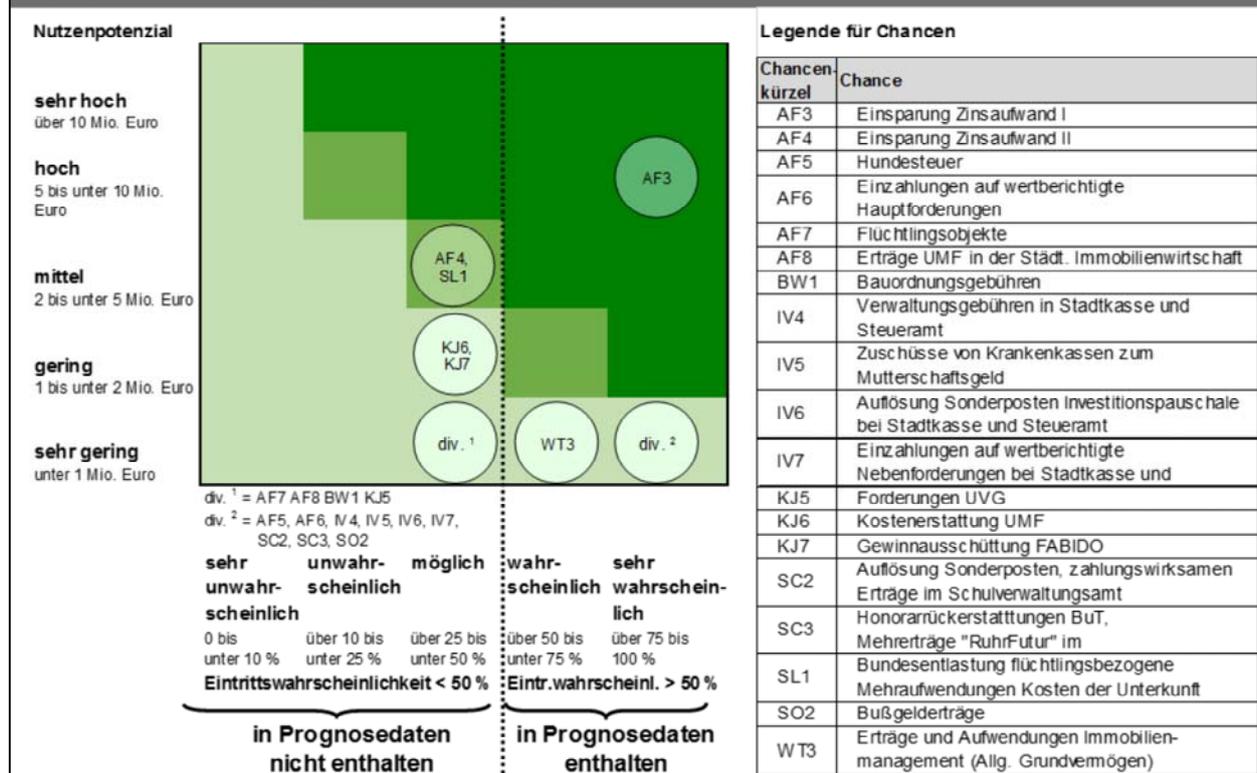
Die Sachverhalte sind nicht in den Prognosedaten enthalten.

KU1: Gebäude und technische Anlagen des Theaters sind teilweise veraltet. Deshalb besteht in verschiedenen Bereichen ein erhöhtes Risiko, dass kurzfristig Instandhaltungsmaßnahmen oder Sanierungen durchgeführt werden müssen. In der "Risikoübersicht gemäß Meldungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetriebe" (vgl. Anlage 3 zum Managementbericht) sind die vom Theater gemeldeten Risiken im Einzelnen ausführlich dargestellt. Risiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit, für die im Budget des Theaters bisher keine Mittel eingeplant werden konnten, bestehen insbesondere in folgenden Bereichen: Heizungs- und Lüftungsanlagen, Löscheinrichtungen, Elektroanlagen.

WT2: Die veranschlagten Erträge gegenüber sonstigen Beteiligungen sind mit einem Volumen von 8,9 Mio. Euro (noch) nicht konkretisiert. Ein im 1. Managementbericht aufgeführtes Teilrisiko in Höhe von 5,6 Mio. Euro) ist mittlerweile eingetreten (siehe Folie „Erstmals in der Prognose berücksichtigt“).



3. Risiken / Chancen – Chancenkarte



Die vorliegende Folie enthält eine Übersicht aller städtischen Chancen in Form einer „Chancenkarte“. Die durch die Fachbereiche gemeldeten Verbesserungen wurden den Achsen „Nutzenpotenzial“ und „Eintrittswahrscheinlichkeit“ zugeordnet.

Beschreibung der Chancen mit einem möglichen Nutzen über 1 Mio. Euro, welche eine Eintrittswahrscheinlichkeit über 50 % aufweisen:
(Die Sachverhalte sind in den Prognosedaten enthalten.)

AF3: Ein Zinsänderungsrisiko entsteht durch eine Veränderung der Zinsstrukturkurve. Dieses Risiko/Chance kann schlagend werden bei allen variabel verzinsten, neu aufzunehmenden und den zur Umschuldung anstehenden Krediten. Die Staatsschuldenkrise und die drohende Deflation haben die EZB zu Zinslockerungen veranlasst. Der Leitzins liegt seit der EZB-Sitzung vom 10.03.2016 bei 0,00 %. Darüber hinaus hat die EZB für den Herbst 2016 einen neuerlichen Langzeitender angekündigt,

der weiterhin für niedrigste Zinsen am Geld-Kapitalmarkt sorgen wird. Daher können im Bereich der Zinsaufwendungen Einsparungen in Höhe von rd. 8,6 Mio. Euro erwartet werden.



3. Risiken / Chancen – nicht in Prognose enthaltene Chancen

Wesentliche Chancen (> 1,0 Mio. Euro),
die nicht in der Prognose enthalten sind und
die zu einer zusätzlichen Entlastung führen können:

Chancen- kürzel	Chance	Eintrittswahr- scheinlichkeit	Nutzenpotenzial	Chancen- einstufung	Nutzen in Mio. Euro
AF4	Einsparung Zinsaufwand II	möglich (25 bis unter 50%)	mittel (2 bis unter 5 Mio. Euro)	mittel	4,91
KJ6	Kostenerstattung UMF	möglich (25 bis unter 50%)	gering (1 bis unter 2 Mio. Euro)	gering	1,50
KJ7	Gewinnausschüttung FABIDO	möglich (25 bis unter 50%)	gering (1 bis unter 2 Mio. Euro)	gering	1,17
SL1	Entlastung des Bundes bei den flüchtlingsbezogenen Mehraufwendungen Kosten der Unterkunft	möglich (25 bis unter 50%)	mittel (2 bis unter 5 Mio. Euro)	mittel	4,50

Die Folie zeigt Chancen mit einem möglichen Nutzen über 1 Mio. Euro, welche eine Eintrittswahrscheinlichkeit unter 50 % aufweisen.

Die Sachverhalte sind nicht in den Prognosedaten enthalten.

AF4: Wenn sich auch in den verbleibenden Monaten des aktuellen Haushaltsjahres die unter Chance AF3 genannten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verändern, können sich voraussichtlich zusätzliche Einsparungen beim Zinsaufwand in Höhe von rd. 4,9 Mio. Euro ergeben.

KJ6: Die Forderungen aus dem Jahr 2015 sind in der vom Jugendamt erstellten Prognose Juni 2016 mit einer 90%igen Erstattungsquote berücksichtigt. Sollten sich darüber hinausgehende Erstattungen realisieren lassen, könnte es zu weiteren Ergebnisverbesserungen kommen. Pro 1% = ca. 0,3 Mio. Euro.

KJ7: Sofern der Rat in der Sitzung am 07.07.2016 die Vorlage "Eigenbetrieb FABIDO - Jahresabschluss und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2015" (DS-Nr.: 04849-16) beschließt, wird ein Gewinnanteil in Höhe von rd. 1,17 Mio. Euro aus der kommunalen Sonderrechnung an den städtischen Haushalt abgeführt.

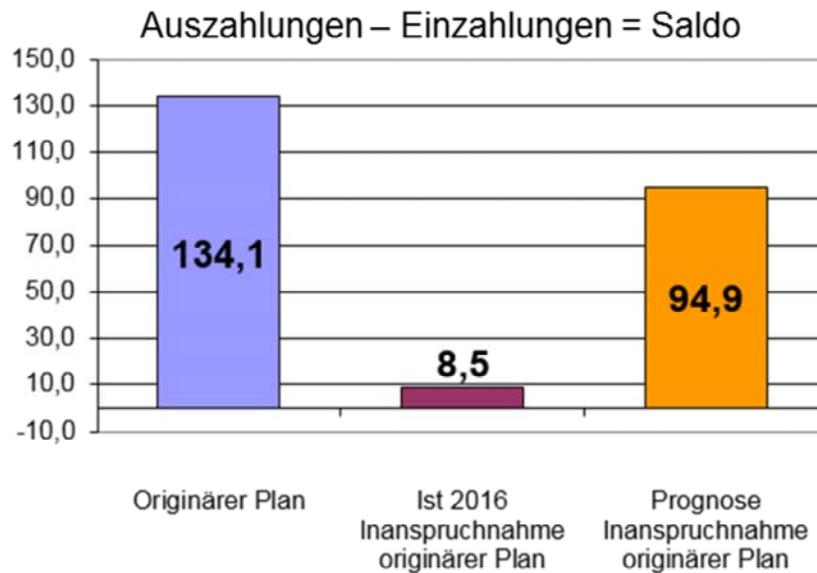
SL1: Als Ergebnis aus dem Gespräch zwischen Bundeskanzlerin Merkel und den Ministerpräsidenten/innen der Länder wurde in Hinblick auf die flüchtlingsbezogenen Mehraufwendungen bei den Kosten der Unterkunft folgende Einigung erzielt: Der Bund wird den flüchtlingsbezogenen Mehraufwand der Kosten der Unterkunft für die Menschen mit anerkanntem Flüchtlingsstatus, der größtenteils durch die Kommunen getragen wird, für

die nächsten drei Jahre voll übernehmen. Die Kostenübernahme durch den Bund soll sich für 2016 in der Größenordnung von bundesweit 400 Millionen Euro bewegen. Hierdurch könnte sich nach Berechnungen des Sozialamtes eine maximale Entlastung im Amt 59 von 4,5 Mio. Euro ergeben.



4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen Investitionen - Originärer Planansatz

4.1 Saldo der Investitionstätigkeit – Originärer Planansatz 2016



Beträge in Mio. Euro

Der geplante **Saldo aus Investitionstätigkeit** beträgt ohne Auszahlungen für geringwertige Vermögensgegenstände und Festwerte 134,1 Mio. Euro.

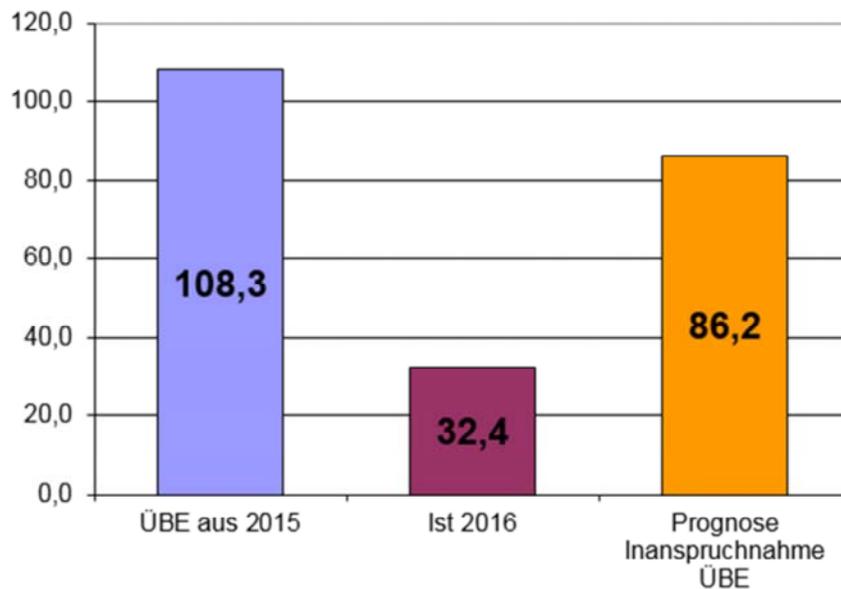
Seit der Genehmigung der Haushaltssatzung 2016 durch die Bezirksregierung stehen die Ansätze in den Teilfinanzplänen vollständig zur Verfügung.

Im Ist beläuft sich der Saldo derzeit (Stand 09.06.2016) auf einen **Auszahlungsüberhang** von 8,5 Mio. Euro.



4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen Investitionen – Übertragene Ermächtigungen

4.2 Übertragene Ermächtigungen (ÜBE) für Investitionen aus 2015



Beträge in Mio. Euro

Die übertragenen Ermächtigungen für Investitionszahlungen, die mit dem Jahresabschluss 2015 gebildet wurden, stehen neben dem originären Planansatz zur Verfügung.

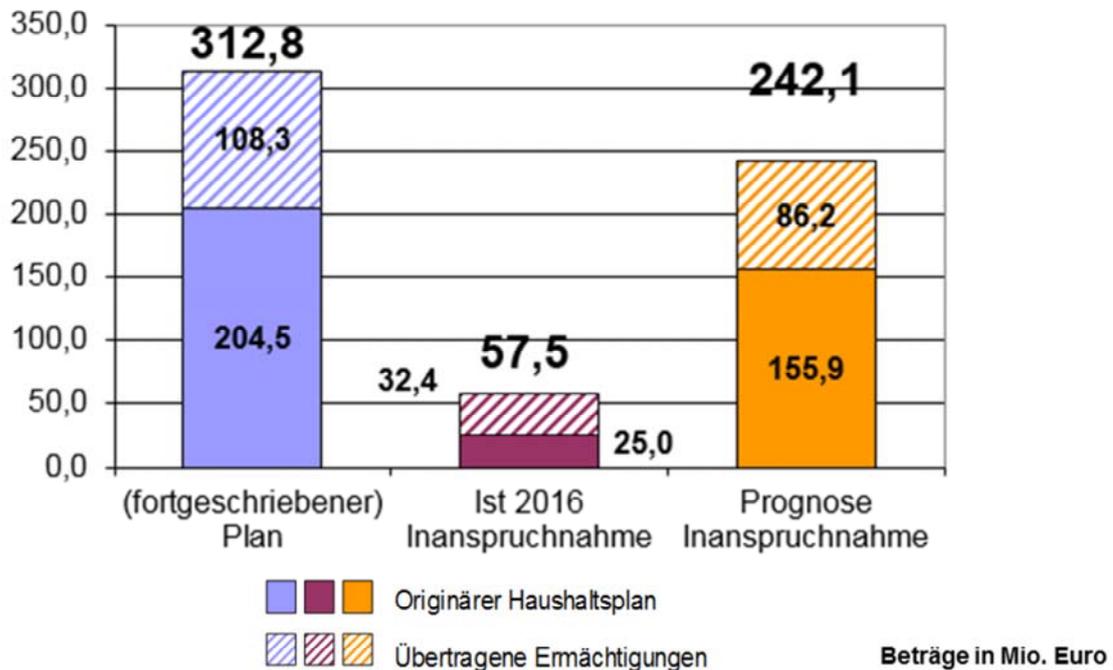
Hier wurden bislang (Stand 09.06.2016) 32,4 Mio. Euro ausgezahlt.

Nach aktueller Prognose wird erwartet, dass die übertragenen Ermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2015 nicht in voller Höhe in 2016 in Anspruch genommen werden. Teilweise wird voraussichtlich eine erneute Übertragung in das Folgejahr notwendig.



4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen Investitionen – Auszahlungen

4.3 Ist-Auszahlungen aus Investitionstätigkeit



Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit belaufen sich derzeit (Stand 09.06.2016) auf

Ist => 32,4 Mio. Euro Inanspruchnahme übertragener Ermächtigungen aus 2015 (siehe Folie 4.2)

und

Ist => 25,0 Mio. Euro Inanspruchnahme originärer Planwerte des Haushaltsplanes 2016 (enthalten im Saldo auf Folie 4.1).

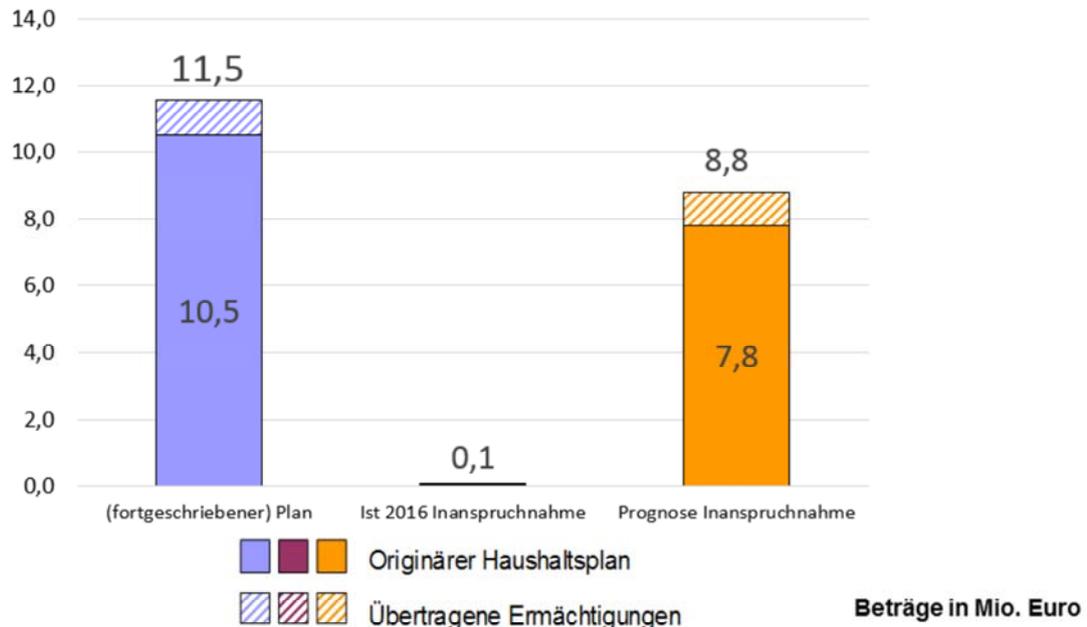
Insgesamt wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von 57,5 Mio. Euro getätigt (ohne Auszahlungen für geringwertige Vermögensgegenstände und Festwerte).

Die Ansätze für das Jahr 2016 beinhalteten erhebliche Investitionen für die Beschaffung von Flüchtlingsunterkünften. Des Weiteren sind hier Mittel für Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes enthalten.



4. Bewirtschaftungsstand und Prognosen Kommunalinvestitionsförderungsgesetz

4.4 Ist-Auszahlungen aus Investitionstätigkeit im Rahmen des KInvFG



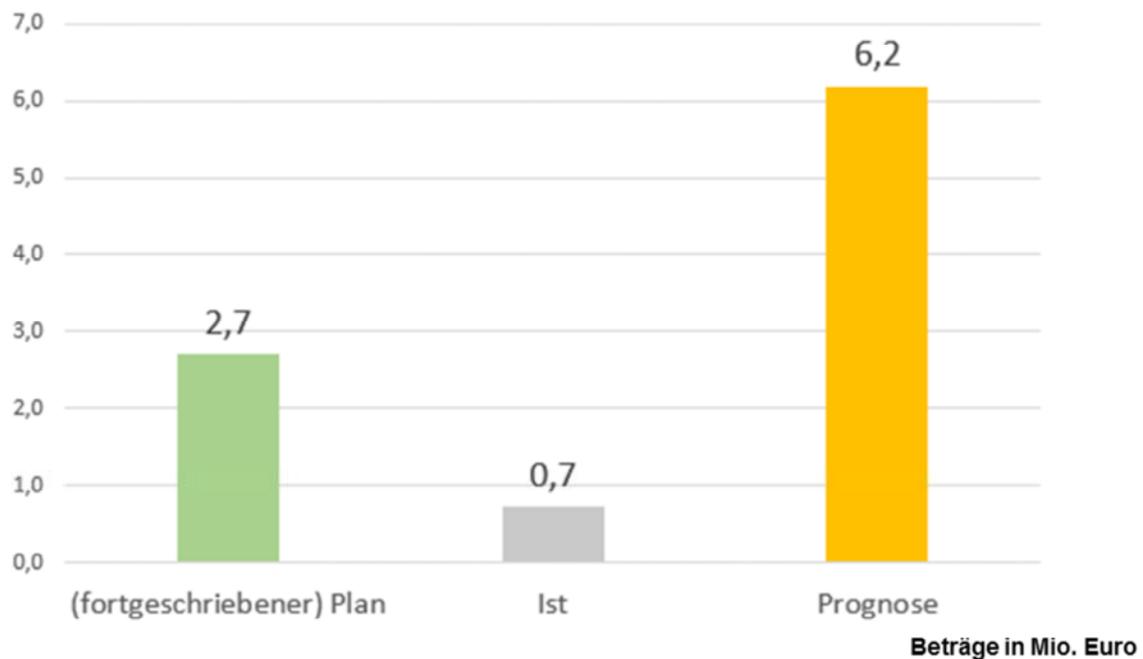
Für die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) stehen im städtischen Haushalt Investitionsmittel mit einem Volumen von 11,5 Mio. Euro zur Verfügung (inkl. übertragener Ermächtigungen aus 2015).

Die investiven Maßnahmen sind vielfach umfangreich und bedingen daher längere Projektvorlaufzeiten. Zudem waren die Maßnahmen des KInvFG nicht grundsätzlich von den einschränkenden Regelungen der vorläufigen Haushaltsführung ausgenommen, die bis Ende April 2016 andauert hat. Daher sind zum dargestellten Stand 09.06.2016 noch keine wesentlichen Auszahlungen erfolgt. Zudem wird teilweise eine zeitliche Verschiebung in das Folgejahr erwartet, weshalb in 2016 die veranschlagten Ansätze voraussichtlich nicht in voller Höhe abfließen werden. Mit Bezug auf den Beschluss der Investitionskonferenz der Verwaltung vom 26.04.2016 werden vier investive Maßnahmen nicht über das KInvFG umgesetzt (siehe DS-Nr.: 04621-16), so dass sich folglich Minderauszahlungen ergeben werden.

Bezüglich einzelner Maßnahmen wird auf die im weiteren Jahresverlauf zu erstellenden Sachstandsberichte verwiesen.



4.5 Aufwendungen im Rahmen des KInvFG



Für die Förderfähigkeit von Maßnahmen des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes ist der Investitionsbegriff des Bundes maßgeblich.

Eine Reihe von Maßnahmen wird konsumtiv in der Ergebnisrechnung des städtischen Haushaltes abgewickelt, gilt aber dennoch als „Investition“ im Sinne des Bundes und ist daher förderfähig.

Im fortgeschriebenen Haushaltsansatz ist eine übertragene Ermächtigung aus dem Vorjahr in Höhe von rd. 0,46 Mio. Euro enthalten.

Der Ist-Buchungsstand stellt die Aufwendungen zum Stand 31.05.2016 dar.

Der Anstieg bei den prognostizierten Aufwendungen resultiert insbesondere aus 17 neuen Maßnahmen mit einem Aufwandsumfang von 3,6 Mio. Euro. Demgegenüber stehen für diese Maßnahmen Mehrerträge von 90 % (3,24 Mio. Euro). Die weitere Entwicklung des prognostizierten Mehrbedarfes bleibt abzuwarten. Durch Fortschreibung der Mittelabflussprognose können sich Verschiebungen in das Haushaltsjahr 2017 ergeben.

Es gelten zudem analog die Ausführungen zu den investiven Maßnahmen auf der vorherigen Seite.



5. Soziales / Jugend

Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften ALG II in Dortmund

(Quelle der Daten: Bundesagentur für Arbeit / Jobcenter Dortmund)

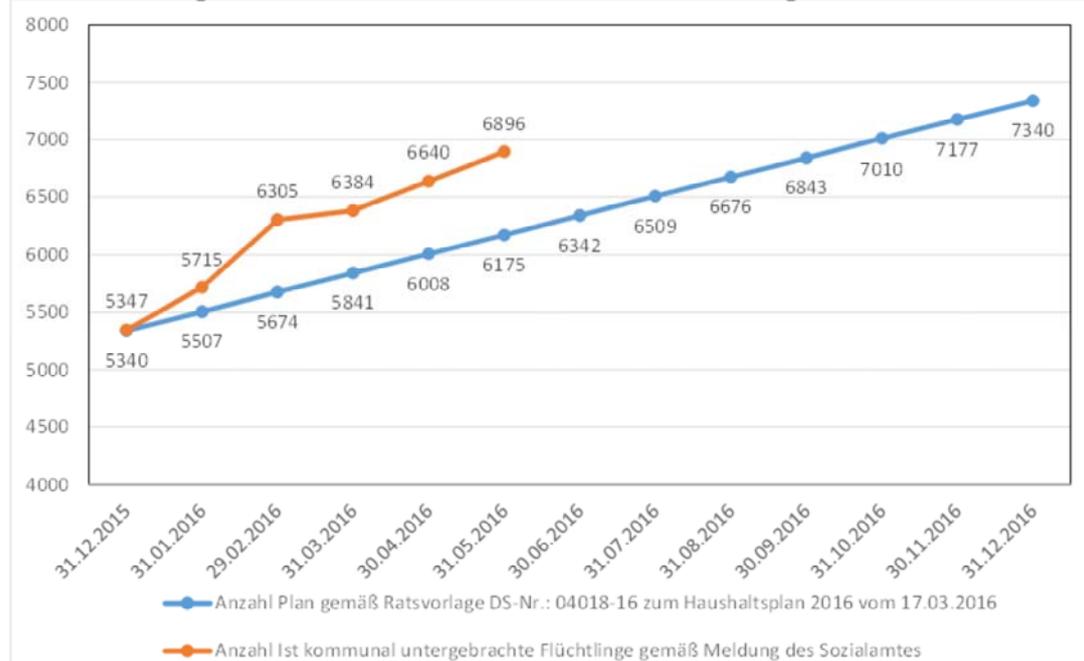
	2013	2014	2015	Feb 16	Mrz 16	Apr 16	Mai 16
	∅	∅	∅	endgültig	hoch-gerechnet	hoch-gerechnet	hoch-gerechnet
Anzahl der Bedarfsgemeinschaften	43.249	43.911	44.762	45.418	45.517	45.569	45.543
<i>-endgültige Daten nach 3 Monaten-</i>							
fortlaufender Jahresdurchschnitt der Bedarfsgemeinschaften 2016					45.423		

Die in der Prognose des Jahresergebnisses berücksichtigte Verschlechterung beim Jobcenter (vgl. Folie „Wesentliche Verschlechterungen“) ist neben anderen Ursachen auf die oben dargestellte Entwicklung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften, auf Regelsatzerhöhungen sowie auf erneut gestiegene durchschnittliche Kosten der Unterkunft je Bedarfsgemeinschaft zurückzuführen.



5. Soziales / Jugend

Entwicklung der Anzahl kommunaler Flüchtlinge 2016



Die Anzahl der kommunal untergebrachten Flüchtlinge liegt derzeit höher als bei der Haushaltsplanung angenommen. Dies führt bei den Aufwendungen für die Unterbringung von Flüchtlingen im Teilergebnisplan der Immobilienwirtschaft voraussichtlich zu einem Mehraufwand (vgl. Punkt 2 – wesentliche Verschlechterungen).

Der Grund für diese Entwicklung ist, dass in den ersten Wochen des Jahres 2016 noch vom Land der Stadt Dortmund Flüchtlinge zugeteilt wurden, die bereits in 2015 Nordrhein-Westfalen erreicht haben. Dementsprechend haben sich die Zuweisungen zu Jahresbeginn überproportional gesteigert. Es wird erwartet, dass die wöchentlichen Zuweisungszahlen aufgrund der bundesweit geringeren Flüchtlingszugängen im weiteren Jahresverlauf absinken werden.

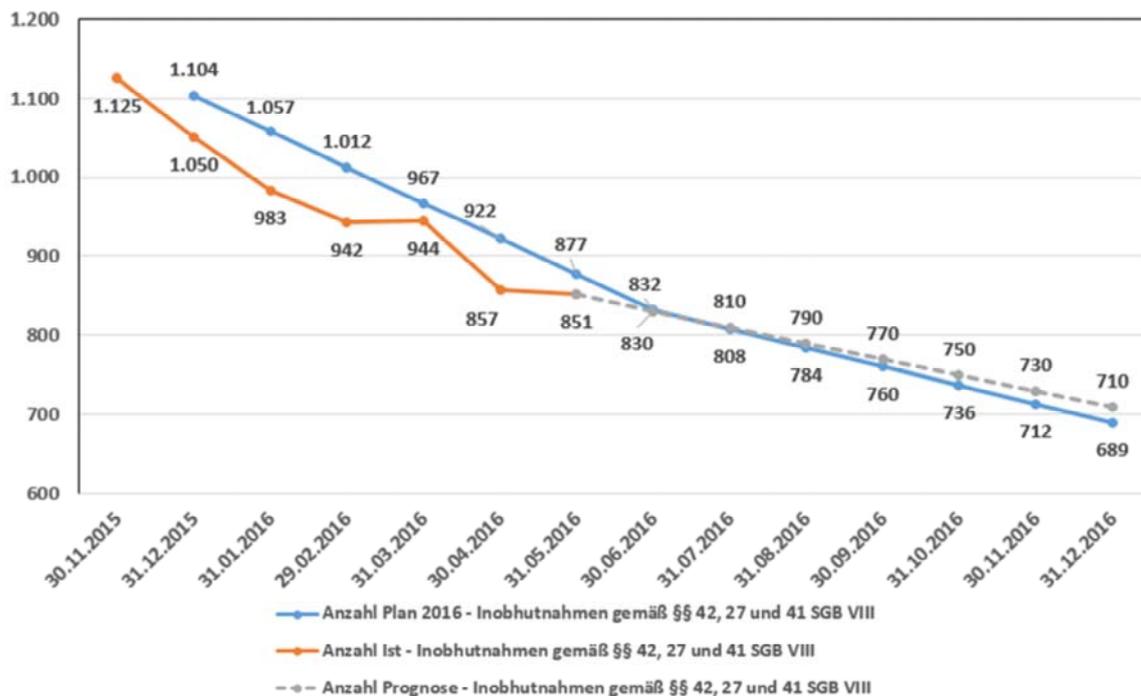
Bei den o. g. Ist-Daten handelt es sich um die Anzahl der untergebrachten Flüchtlinge, die nicht gleichzusetzen ist mit der Anzahl der Flüchtlinge, die Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus dem Teilergebnisplan des Sozialamtes haben.

Das Sozialamt geht bislang davon aus, dass die Ansätze für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz im Haushaltsjahr 2016 ausreichen werden. Es kann in diesem Bereich jedoch im weiteren Jahresverlauf zu Veränderungen kommen. U. a. werden beim Sozialamt Mehraufwendungen im Zusammenhang mit technischen Gegebenheiten der Tragflughallen erwartet, dies kann allerdings aus derzeitiger Sicht durch Verbesserungen in anderen Bereichen kompensiert werden.



5. Soziales / Jugend

Entwicklung Anzahl UMF



Für den Bereich der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF) gemäß den §§ 42, 27 und 41 SGB VIII werden -wie in der Planung unterstellt- sinkende Fallzahlen erwartet.

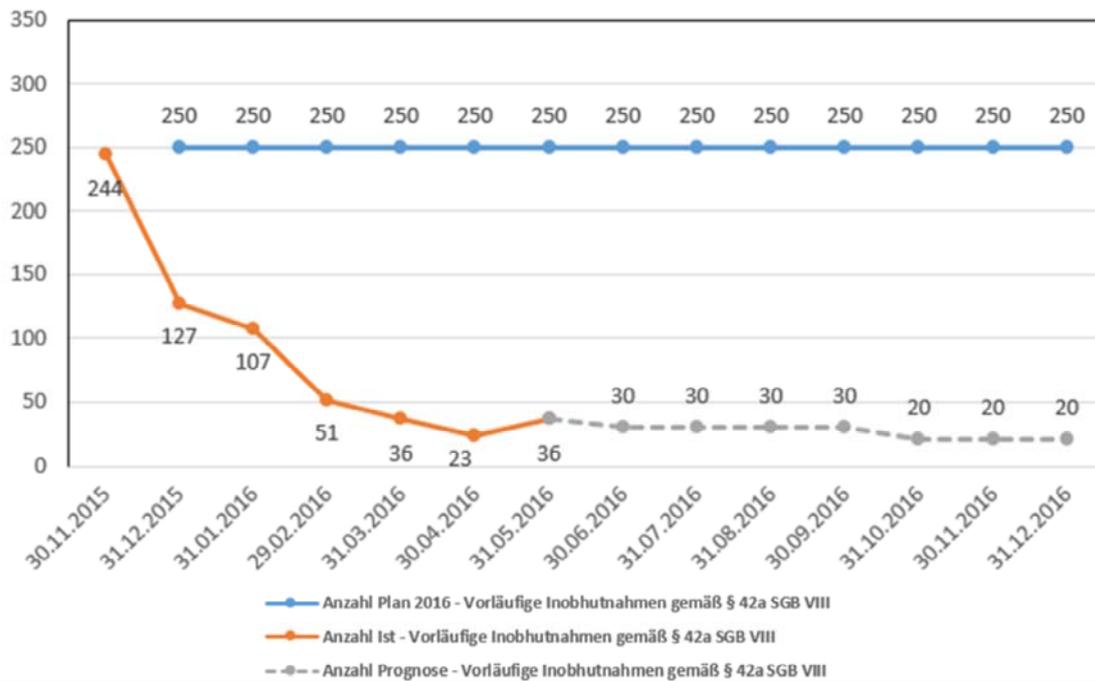
Während im bisherigen Verlauf des Jahres die Anzahl niedriger liegt als erwartet, wird sich dies im weiteren Jahresverlauf voraussichtlich ausgleichen.

Insgesamt wird aus derzeitiger Sicht von einer leichten Überschreitung der geplanten Fallzahlen ausgegangen.



5. Soziales / Jugend

Entwicklung Anzahl vorläufiger Inobhutnahmen UMF



Die Anzahl der vorläufigen Inobhutnahmen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) gemäß den §§ 42a VIII liegt unter der in der Haushaltsplanung zugrunde gelegten Anzahl. Die Reduzierung der Bestandsfälle ist durch verschiedene Faktoren u. a. durch den Familiennachzug zu begründen.

Der derzeitige Trend der vorläufigen Inobhutnahmen führt voraussichtlich zu Mindererträgen bei der Verwaltungskostenpauschale. Die bei dieser Pauschale zugrunde gelegten Bestandszahlen werden zu den Stichtagen 30.06. und 31.12. ermittelt und voraussichtlich deutlich geringer sein als bei der Planung erwartet.

Dieser negative Effekt wird im Budget des Jugendamtes neben weiteren jedoch kompensiert durch Erträge aus der Abrechnung von Vorjahren (vgl. Chancenkarte).



Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!

Stadt Dortmund
Stadtkämmerei

